



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (27.) und Ausschuss für Schule und Bildung (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

4. Juli 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:05 Uhr bis 12:10 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Benjamin Schruff

Verhandlungspunkt:

**Produktionsschulen nicht im Aktionismus zerschlagen, sondern
sorgfältig auswerten und passgenau weiterentwickeln – Berufliche
Perspektiven für besonders benachteiligte junge Menschen bis 25
Jahren sicherstellen**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1984

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*) –

* * *

Vorsitzende Heike Gebhard: Einen herzlichen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße die Mitglieder beider Ausschüsse, den Sitzungsdocumentarischen Dienst, die Medienvertreter, die Zuhörer und natürlich die Sachverständigen.

Heute haben wir zu einer Anhörung zu folgendem Thema geladen:

Produktionsschulen nicht im Aktionismus zerschlagen, sondern sorgfältig auswerten und passgenau weiterentwickeln – Berufliche Perspektiven für besonders benachteiligte junge Menschen bis 25 Jahren sicherstellen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1984

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*) –

Vorliegenden Antrag von Bündnis 90/Die Grünen hat das Plenum am 1. März 2018 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales federführend und an den Ausschuss für Schule und Bildung zur Mitberatung überwiesen.

Im Namen der beiden Ausschüsse danke ich den Sachverständigen für Ihre vorab übersandten Stellungnahmen. Mit denen sollten sich die Ausschussmitglieder bereits befasst haben, sodass Sie auf einleitende Statements verzichten und direkt auf die Fragen antworten können.

Nun bitte ich die Ausschussmitglieder um Wortmeldungen – zunächst den Kollegen Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Auch von der Grünenfraktion herzlichen Dank für die eingegangenen Stellungnahmen.

Meine erste Frage richtet sich an die Vertreterin der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit: Sie haben in Ihrer Stellungnahme ausgeführt, dass die 19- bis 25-Jährigen nicht mehr von dem Programm „Produktionsschule“ profitieren können. Sie haben drei Standardprogramme angeführt, die Sie in petto haben. Ich bitte Sie um Ihre Einschätzung, ob da eine Lücke entstehen könnte und inwieweit die Bundesagentur einspringt – weil das eines der Hauptargumente war, die Gelder für die Produktionsschule einzusparen.

Dann möchte ich die Caritas bitten, noch mal darzustellen, warum gerade der Personenkreis der über 19-Jährigen weiter miteinbezogen werden sollte. In Ihrer Stellungnahme haben Sie ausgeführt, dass rund 60 % der Teilnehmer in den Bereichen, in denen Sie tätig waren, älter als 19 Jahre waren – was sich im Übrigen auch mit vereinzelten Erfahrungen deckt, die wir gemacht haben; teils waren die Zahlen sogar noch höher. Außerdem möchte ich Sie bitten, auszuführen, welche besondere Aufgabenstellung die Produktionsschule hat und wodurch sie sich möglicherweise vom Werkstattjahr und anderen Instrumenten unterscheidet.

Frau Dr. Gentner, die sich wissenschaftlich mit diesem Thema auseinandergesetzt hat, bitte ich, darzustellen, welche Stellung die Produktionsschule in der Zeit zwischen Schule und Beruf einnimmt. Was unterscheidet die Produktionsschule von den Programmen, die Sie kennen? Außerdem bitte ich Sie, das Hamburger Modell vorzustellen, welches im Gegensatz zum nordrhein-westfälischen evaluiert wurde. Welche Erfolge wurden in Hamburg erzielt? Und wodurch unterscheidet sich die Produktionsschule von anderen Programmen dort?

Gabriele Hammelrath (SPD): Auch von mir ganz herzlichen Dank an die Expertinnen und Experten für Ihre Stellungnahmen zum Thema. Meine Fragen gehen in eine ähnliche Richtung – wen wundert es?

Herr Koslowski, Sie haben aus der Praxis berichtet und anhand von Lebensläufen dargestellt, wie positiv sich die Produktionsschule ausgewirkt hat. Wie schätzen Sie den Unterschied zwischen einem Praktikum in einem Betrieb außerhalb und der Praxiserfahrung innerhalb der Produktionsschule ein? Wo liegen die jeweiligen Vorteile? In der Stellungnahme des Ministeriums wird betont, dass sechs Monate Praktikum eine deutliche Verbesserung seien.

Außerdem habe ich an alle Sachverständigen eine Verständnisfrage zur Entlohnung. An verschiedenen Stellen wird thematisiert, dass junge Menschen in den Produktionsschulen entlohnt werden. Von der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit haben wir aber erfahren, dass innerhalb des neuen Werkstattjahres Leistungsprämien gezahlt werden sollen – wodurch unterscheiden sich diese beiden Systeme? Wir finden es natürlich gut, wenn junge Menschen sich nicht an Transferleistungen gewöhnen, sondern eher an ein der Arbeitswelt nahestehendes System wie Entlohnung herangeführt werden.

Marco Schmitz (CDU): Liebe Sachverständige, vielen Dank vonseiten der CDU-Fraktion für die ausführlichen Stellungnahmen. Wir von der NRW-Koalition haben beschlossen, ein erweitertes Werkstattjahr einzuführen, weil wir finden, dass ein ganzheitlicher Ansatz genutzt werden soll, um den jungen Menschen Förderung zukommen zu lassen. Diese spezielle Förderung wollen wir auf Jugendliche bis zu einem Alter von 18 Jahren beschränken; die 19- bis 25-Jährigen wollen wir in anderen Systemen, durch andere Qualifizierungen, fördern.

Zwei Fragen habe ich an Frau Alich-Meyer von der Arbeitsagentur: Welche zentralen Modifikationen brachte die Weiterentwicklung der Produktionsschule zum Werkstattjahr für die Bundesagentur? Wie bewerten Sie das neue Werkstattjahr im Rahmen der Initiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“?

Eine Frage richtet sich an alle Sachverständigen: Welche Angebote können die 19- bis 25-Jährigen zukünftig in Anspruch nehmen? – Um sie zu fördern, wurden von der Arbeitsagentur und den Jobcentern schon mehrere Programme aufgelegt; auch weil die hohen Abbruchquoten in den Produktionsschulen der vergangenen Jahre zu kompensieren waren.

Roswitha Alich-Meyer (Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen): Herr Schmitz, ich habe den Anfang der Frage akustisch nicht verstanden.

Marco Schmitz (CDU): Wie die von uns eingeführten Modifikationen, hin zum Werkstattjahr, weg von den Produktionsschulen, sich auf die Förderrichtlinien der Arbeitsagentur ausgewirkt haben? – Diese Frage stelle ich im Hinblick darauf, dass ein Teil der Jugendlichen, die zuvor von den Produktionsschulen gefördert wurden, nun von den Jobcentern gefördert werden.

Martina Hannen (FDP): Ausdrücklich herzlichen Dank an die Expertinnen und Experten für Ihre Stellungnahmen und Ihr heutiges Erscheinen.

Ich habe mehrere Fragen an Frau Alich-Meyer: Wie bewerten Sie die allgemeine inhaltliche Ausgestaltung des neuen Werkstattjahres, das sich von den Produktionsschulen vorrangig durch die Stärkung der betrieblichen Praxisphasen unterscheidet? Wie macht sich die Einführung der Leistungsprämie bemerkbar? Sehen Sie, abgesehen von der in Ihrer Stellungnahme angeführten Altersbegrenzung, weitere Unterschiede, die für den organisatorischen Übergang und das Förderverfahren zu beachten wären?

Sie führen in Ihrer Stellungnahme im Hinblick auf das Angebot für Jugendliche ab 19 Jahren diverse andere Instrumente der Regelförderung der Bundesagentur an, für die Sie zusätzliche passgenaue Platzkapazitäten geschaffen haben oder schaffen wollen. – Haben Arbeitsagentur und Jobcenter die finanziellen Möglichkeiten, diese zusätzlichen Bedarfe zu decken?

Josef Neumann (SPD): Ich habe eine Frage an die Bundesagentur zu den Jugendlichen, die 19 Jahre oder älter sind. Dazu schreiben Sie in Ihrer Stellungnahme: „Wie bereits mit dem Land kommuniziert, wird diese Lücke über die Standardangebote der BA gedeckt.“ Sie verweisen auf einen „Maßnahmenmix“, der zur Verfügung stehen werde.

Nun wissen wir – und ich denke, das kann Herr Koslowski von der Caritas Hagen bestätigen –, dass wir nicht über Jugendliche sprechen, die schnell in Maßnahmen oder Ausbildungen integriert werden können, sondern über Jugendliche, die besondere Bedarfe haben und besondere Herausforderungen benötigen. Mit „Standardangeboten“ – von Ihnen in Ihrer Stellungnahme angeführt – haben wir es noch nicht einmal geschafft, 50.000 ausbildungsfähigen Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen Ausbildungsplätze zu organisieren. Wie wird sichergestellt, dass die Tausenden von Jugendlichen, die durch den Rost fallen, mithilfe Ihrer „Standardangebote“ Ausbildungsplätze bekommen. Wer spricht diese Jugendlichen an? Wer geht auf sie zu? Wer kümmert sich um sie?

Der Ansatz „Wir haben ein Angebot – kommt vorbei!“ reicht nicht aus. Vielmehr geht es konkret darum, wer bei der BA die operative Verantwortung übernimmt, ein niedrigschwelliges Angebot anzubieten.

Herr Koslowski, von Ihnen würde ich gerne aus der Praxis erfahren: Wie organisieren Sie die Arbeit vor Ort? Welche niedrigschwelligen Angebote machen Sie? Wie erreichen Sie die Jugendlichen und wie halten Sie sie bei der Stange? Wie machen Sie sie ausbildungsfähig, um ihnen so Teilhabe zu ermöglichen?

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Sehr geehrte Sachverständige, vielen Dank für Ihr Erscheinen und die Stellungnahmen.

Meine erste Frage richtet sich an Frau Alich-Meyer von der Bundesagentur: Die Stellungnahme von der Caritas hat gezeigt, dass die Betreuung für jeden Einzelnen sehr intensiv war. Kann man im Nachhinein beziffern, wie hoch die Kosten pro Teilnehmer bei der Produktionsschule waren? Kann man jetzt schon abschätzen, ob die Kosten beim Werkstattjahr in etwa gleich, höher oder niedriger sein werden?

Meine zweite Frage richtet sich an Herrn Koslowski von der Caritas Hagen: Sie haben eindrucksvoll aus der Praxis berichtet und zwei Beispiele geschildert, bei denen die Produktionsschule, trotz der schwierigen Voraussetzungen, einen sehr positiven Effekt hatte. Nichtsdestotrotz spricht die hohe Abbrecherquote für sich. – Was hätte die Produktionsschule Ihrer Einschätzung nach leisten müssen, um noch mehr Teilnehmern nachhaltig helfen zu können? Oder andersherum gefragt: Was hätte die Produktionsschule besser machen müssen, um noch mehr jungen Menschen den Weg ins Arbeitsleben zu ermöglichen?

Dr. Cortina Gentner (Hamburger Institut für berufliche Bildung): Herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung. In meinen Ausführungen geht es um Verordnungen, Evaluation, das Hamburger Modell, individuelle Leistungsprämien und darum, wie die Produktionsschulen bundesweit aufgestellt sind.

Vorab zu meiner Person: Ich schaue mir das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln an. Ich habe sehr lange in der Wissenschaft gearbeitet und in verschiedenen Ländern Programme zu Produktionsschulen begleitet. Seit 2009 bin ich Fachreferentin für Produktionsschulen in Hamburg; abgesehen von einem Fachreferat gibt es dort eindeutige Verantwortung sowie fachliche Betreuung und Begleitung.

Seit 2013 leite ich den Runden Tisch „Produktionsschulen und produktionsorientierte Angebote in Jugendwerkstätten“, an dem alle Länder mit Produktionsschulprogrammen oder produktionsorientierten Angeboten in Jugendwerkstätten vertreten sind. Das ist eine sehr bunte Zusammenstellung: SPD- und CDU-Ministerien sowie ein FDP-Ministerium beteiligen sich, als Gäste sind die Bundesministerien für Arbeit und Soziales sowie für Bildung und Forschung dabei. All diese verschiedenen Blickwinkel fließen in folgende Darlegung mit ein.

Ich beginne mit der Evaluation, weil hier deutlich wird, was das Besondere an Produktionsschulen ist. In meiner Stellungnahme hatte ich dargestellt, dass wir verschiedene Landesprogramme evaluiert haben und uns deshalb valide Zahlen zur Verfügung stehen. Harte Fakten sind beispielsweise Zahlen zu Übergängen in Ausbildung oder Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Wir wissen außerdem, welche Jugendlichen

im Programm sind, wie alt sie sind, was für Schulabschlüsse sie haben, ob sie eventuell belastet sind und so weiter ...

Aber nicht nur Übergänge sind ausschlaggebend, sondern auch die Kompetenzen, die wir bei unseren Jugendlichen entwickeln wollen. Die manifestieren sich nicht immer darin, dass die Jugendlichen nach ein oder zwei Jahren in Ausbildung oder Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt sind.

In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Hamburg erheben wir jährlich Daten zur Zielgruppe in den Produktionsschulprogrammen und den Übergängen. Die Zielgruppe ist natürlich problembelastet, sonst wäre sie am Übergang zwischen Schule und Beruf nicht auf Produktionsschulen angewiesen. Die Betroffenen brauchen etwas Unterstützung, um ein Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis zu finden.

Es handelt sich zunehmend um junge Menschen aus Bedarfsgemeinschaften, also mit familiären Schwierigkeiten. 20, 30 oder sogar 40 % der Jugendlichen kommen ohne Schulabschluss an die Produktionsschulen. Weil Hamburg eine bunte Stadt ist, haben wir außerdem einen hohen Migrationsanteil.

Seit zwei oder drei Jahren beobachten wir eine Veränderung bei der Zielgruppe: Der Anteil der jungen Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen nimmt zu. Wir versuchen, sie zu stabilisieren und sie mit Berufsorientierung und -vorbereitung zu fördern. Der Anteil der jungen Menschen mit physischen Beeinträchtigungen, also Behinderungen, nimmt ebenfalls zu. Hier lautet das Stichwort „Inklusion“ – ein Konzept, das wir befürworten.

In den vergangenen Jahren, seit an Produktionsschulen Daten erhoben werden, ist die Zielgruppe zunehmend problematischer geworden – das sind keine Kinder, die auf der Sonnenseite des Lebens groß geworden sind. Auch vor diesem Hintergrund muss man die erfolgten Übergänge in Ausbildung beziehungsweise Beschäftigung bewerten. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Hamburg liegt die Quote bei ungefähr 30 %. Das ist eine unglaublich hohe Zahl, die zudem relativ konstant ist.

Wichtig ist es, mit den Trägern und anderen Partnern, beispielsweise der Bundesagentur oder den Jobcentern, in ständigem Diskurs zu stehen: Wo kann man welche Angebote machen, und wie kann man sie gegebenenfalls an die Zielgruppe anpassen?

In Mecklenburg-Vorpommern führen wir ein Monitoring durch, das sechs Monate nach Verlassen der Produktionsschule den Entwicklungsstand der Jugendlichen erfasst. Die Ergebnisse sind unter dem Gesichtspunkt „stures Beharren“ auf ein Jahr Verweildauer interessant. Im Jahr 2012 beispielsweise sind ungefähr 27 % der jungen Menschen direkt nach der Produktionsschule in Ausbildung gegangen, sechs Monate später waren es bereits 35 %. Einen signifikanten Wandel gab es auch bei der Arbeitslosigkeit: direkt nach Beendigung der Produktionsschule lag die Quote bei etwa 30 %, sechs Monate später waren es 11 %. Die Jugendlichen sind in dieser Zeit also weiter stabilisiert worden. Keine Veränderung hingegen gab es bei der Anzahl der Jugendlichen in weiteren berufsvorbereitenden Maßnahmen, also „Warteschleifen“; diese Quote lag sowohl direkt nach Beendigung der Produktionsschule als auch sechs Monate später bei 10 %.

Um die Erfolge von Produktionsschulen zu bewerten, muss man die Nachhaltigkeit miteinbeziehen. Nicht alle Jugendlichen aus derart schwierigen Verhältnissen beginnen sofort nach Verlassen der Produktionsschule eine Ausbildung. Manchmal passiert das auch erst ein halbes oder ein ganzes Jahr später – das sollte man immer im Blick behalten.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung in Mecklenburg-Vorpommern und der Evaluation in Sachsen haben wir definiert, welche Merkmale eine Produktionsschule erfolgreich machen. Erfolg bedeutet in diesem Zusammenhang vor allem, solide Grundlagen geschaffen zu haben – kein Ein-Jahres-Wunder.

Grundvoraussetzung für erfolgreiche Produktionsschulen ist ein berufspädagogisches Konzept. Damit unterscheiden sie sich sehr deutlich von anderen Aktivierungsmaßnahmen oder sozialpädagogischen Angeboten. Das berufspädagogische Konzept zeichnet sich dadurch aus, dass die jungen Menschen Produkte herstellen und reale Kunden beziehungsweise Aufträge haben: Sie stellen etwas her und verkaufen es. Dieses berufspädagogische Konzept wird natürlich von sozial- und sonderpädagogischen Maßnahmen flankiert.

Ebenfalls wichtig für den Erfolg von Produktionsschulen, man kann es an der Kompetenzentwicklung und den Übergangszahlen ablesen, sind multiprofessionelle Teams. Neben klassischen Pädagogen und Sozialpädagogen braucht es vor allem Handwerker und Handwerksmeister, die in den Werkstätten aktiv sind und in den Teams wirksam werden können.

Ein weiterer Grund, warum Produktionsschulen funktionieren, ist, dass alle Beteiligten sich entscheiden können, ob sie das Angebot annehmen oder nicht – das ist keine Beliebigkeit, sondern Freiwilligkeit. Zu uns kommen junge Menschen, die sich sagen: „Ich lass' mich jetzt mal darauf ein, arbeiten muss ich schließlich sowieso. Ich kann hier nicht nur abhängen und mich für Anwesenheit bezahlen lassen – ich muss Leistung zeigen.“

Da alle Beteiligten herausfinden müssen, ob eine Produktionsschule das Richtige für sie ist, muss es eine Probezeit geben. Die ist insbesondere für Jugendliche aus schwierigen Verhältnissen erforderlich. Das gilt analog – darüber stehen wir in Verhandlung mit der Bundesagentur – für Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen mit produktionsorientiertem Ansatz (BvB-pro).

Die Verweildauer an Produktionsschulen muss sich am Menschen und nicht an Maßnahmezeiträumen orientieren. Es gibt junge Menschen, die sind nur drei oder vier Monate bei uns. Das reicht ihnen, um ihr Leben so zu strukturieren, dass sie eine Ausbildung aufnehmen können – die halten wir dann natürlich nicht fest. Es gibt aber auch junge Menschen, die so viele Päckchen mit sich herumtragen, dass an Berufsorientierung zunächst nicht zu denken ist. Vorher gilt es, sie zu stabilisieren, ihnen vielleicht einen Drogenentzug oder eine Therapie zu vermitteln. Die Verweildauer definiert sich also über die jeweiligen Entwicklungsverläufe. Bei uns in Hamburg beläuft sich die Verweildauer in der Regel auf ein Jahr, sie kann aber auch kürzer oder länger sein. Zwei oder drei junge Menschen sind schon seit drei Jahren dabei – weil sie diese Zeit brauchen und wir sie ihnen auch geben wollen.

Ein weiteres Kernmerkmal von Produktionsschulen sind reale Kundenaufträge, Arbeits- und Geschäftsprozesse. Zwar sind wir kein richtiger Betrieb, aber wir sind betriebsnah. Wenn man Produkte verkaufen will, muss man sich am Markt orientieren. Praktika in richtigen Betrieben sind für die Jugendlichen an Produktionsschulen verbindlich, da dieser Lernort ihnen weitere Möglichkeiten bietet, sich zu orientieren – das ist ein ganz wichtiger Moment.

In Hamburg gilt seit 2009 der Grundsatz, dass die Produktionsschule im Sozial-, Wirtschafts- und Bildungsraum verortet und in der Maßnahmenplanung für den Übergang zwischen Schule und Beruf verankert ist; es ist also keine Maßnahme, die solitär irgendwo herumgeleistet. Das haben wir im Übrigen auch als generelles Qualitätsmerkmal für Produktionsschulen definiert. Wenn also Anpassungen vorgenommen werden müssen, weil die Zielgruppe sich verändert hat oder es neue Angebote gibt, wird die Produktionsschule stets mitberücksichtigt: Ist sie noch erfolgreich? Erreichen wir die Jugendlichen noch, mit denen wir arbeiten wollen und müssen? Sollten wir vielleicht etwas ändern?

Wichtig ist auch fachliche Begleitung und Beratung; die Produktionsschule sollte einem Ministerium zugeordnet sein, um nicht ziellos vor sich hinarbeiten zu müssen.

Ein weiteres entscheidendes Element, das wir 2013 eingeführt haben, ist die individuelle Leistungsprämie. Es handelt sich um eine Motivationsprämie, damit sich die Jugendlichen nicht auf ein Leben mit Hartz IV vorbereiten. Die Jugendlichen werden nicht für ihre Anwesenheit, sondern für ihr Können belohnt. Wir haben Instrumente entwickelt, mit denen wir die Kompetenzen der Jugendlichen messen. Den Entwicklungsstand, den wir in drei Kompetenzstufen unterteilt haben, bewerten wir einmal im Monat – länger sollte der Zeitraum nicht sein, da die Jugendlichen ihn sonst nicht überblicken können; zumal es bei der Entwicklung häufig auf und ab geht. Schneiden die Jugendlichen gut ab, werden sie mit Leistungspunkten belohnt; für jeden Leistungspunkt bekommen sie 2 €.

Unsere Richtlinie für das Produktionsschulgeld begrenzt die individuelle Leistungsprämie auf maximal 1.800 € jährlich. Einige Jugendliche erhalten Prämien in dieser Höhe, andere sind davon weit entfernt. Es gibt auch Jugendliche, die über einige Monate hinweg einen Lauf haben und dann einbrechen.

Weil es eine Leistungsprämie ist, wird sie auch nur gezahlt, wenn Leistung gebracht wird. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass Jugendliche in einem Monat überhaupt kein Geld bekommen. An Transferleistungen werden sie dadurch also nicht gewöhnt; es ist auch keine Belohnung dafür, in der Ecke zu sitzen und Däumchen zu drehen.

Roswitha Alich-Meyer (Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen): Auch ich freue mich, hier zu sein, und bedanke mich für die Einladung. Zunächst fasse ich die einzelnen Fragen zusammen.

In einem großen Themenkomplex ging es um die Schließung der Angebotslücke für die 19- bis 25-Jährigen. Hier gab es unter anderem Fragen dazu, ob es finanzielle

Mittel gibt, wie die operative Umsetzung aussieht und welche Unterschiede zu beachten sind. Außerdem ging es um die Kostenentwicklung von Werkstattjahr und Produktionsschule.NRW im Vergleich, die Stärkung der betrieblichen Praxis und die Leistungsprämie.

Unserer Stellungnahme können Sie entnehmen, dass wir einerseits der Linie des Landes folgen und Verständnis dafür haben, dass man sich im Rahmen der Gesamtstrategie im Bereich Ausbildungs- und Übergangsförderung für eine Neuausrichtung entschieden hat; allerdings ist im gleichen Zuge die Altersbegrenzung eingeführt worden.

Letzteres finden wir etwas bedauerlich – ich denke, auch das ist unserer Stellungnahme zu entnehmen. Wir können kein deckungsgleiches Ersatzangebot, sondern nur Standardangebote anbieten, die für die Jugendlichen genau überprüft werden. In der Anlage unserer Stellungnahme haben wir aufgelistet, welche dieser Standardangebote infrage kommen – sie haben zwar eine ähnliche Zielrichtung, sind aber nicht identisch. Keine dieser Maßnahmen weist einen produktionsorientierten Ansatz auf; allerdings werden einige Maßnahmen betriebsnah durchgeführt.

In Kenntnis dieser Neuausrichtung haben wir unsere Agenturen und gemeinsamen Einrichtungen frühzeitig informiert, um entsprechend handeln und planen zu können. Das wurde sowohl bei den Neueinkaufsprozessen als auch bei den Optionsziehungen berücksichtigt, um so zusätzliche Platzkapazitäten zu schaffen und bei bestehenden Verträgen gegebenenfalls aufstocken zu können.

Eine Frage zielte darauf ab, ob die Jobcenter über genügend Geld verfügen – die finanziellen Mittel müssten ausreichen. Wir haben die Agenturen und Jobcenter gebeten, uns bei Problemen mit der Bedarfsdeckung vor Ort direkt einzuschalten. Eine Risikoanzeige liegt uns nicht vor, die Bestellvorgänge laufen, sodass wir davon ausgehen, dass die Jugendlichen entsprechende Angebote erhalten werden.

Außerdem wurde gefragt, wie wir die Jugendlichen begleiten: In unseren Beratungsgesprächen überlegen wir anhand der Analyse zunächst, was die Bedarfe bei den Jugendlichen sind. Dann werden Eingliederungsvereinbarungen geschlossen, die auch nachgehalten werden. Mit den Jugendlichen, die jetzt 19 Jahre oder älter sind, wird gesprochen und überlegt, was sie benötigen und welches Angebot unterbreitet werden kann. Bei schwierigen Klienten wird die Gesprächsfrequenz enger getaktet, sodass eine fortlaufende Betreuung gegeben ist. In der Regel wird bei den Maßnahmen eine sozialpädagogische Begleitung gewährleistet, um bei Krisen direkt intervenieren zu können.

Eine weitere Frage bezog sich auf die Kostenentwicklung beim Werkstattjahr und der Produktionsschule.NRW: Beide Angebote liegen ungefähr in derselben Preisklasse. Die leichte Teuerung ist auf die Personalkosten zurückzuführen und hält sich im Rahmen der normalen Steigerungsrate. Das Werkstattjahr ist also nicht wesentlich teurer als die Produktionsschule – oder umgekehrt.

Darüber hinaus wurde nach dem neuen ganzheitlichen Ansatz des Werkstattjahrs gefragt: Intern nennen wir das Angebot „Werkstattjahr mit produktionsorientiertem Ansatz“, um deutlich zu machen, dass es sich vom alten Werkstattjahr unterscheidet, das 2016 beendet wurde – demgegenüber ist es eine Weiterentwicklung.

Auch wenn wir bedauern, dass sich das Angebot nur an unter 19-Jährige richtet, begrüßen wir die Einführung einer Motivations- und Leistungsprämie für die Jugendlichen. Diese kann als Anreiz und Gegenwert für die Tätigkeit dienen, der sie im Rahmen des Werkstattjahrs nachgehen. Mittlerweile haben wir auch klären können – was gar nicht so einfach war –, dass diese vom Land finanzierte Leistungsprämie nicht auf die Individualleistungen ALG II oder Berufsausbildungsbeihilfe angerechnet wird, die die Jugendlichen gegebenenfalls erhalten. Somit handelt es sich tatsächlich um eine zusätzliche Einnahme und einen Anreiz, dabeizubleiben.

Den betrieblichen Ansatz begrüßen wir ebenfalls. Diesbezüglich sind wir froh, dass wir die Regelung in Absprache mit dem Arbeitsministerium so fassen konnten, dass jeder Fall individuell behandelt wird. Frau Dr. Gentner sprach bereits an, dass die Jugendlichen sich in ihrer Art, ihrem Verhalten und ihren Soft Skills sehr unterscheiden. Für einige von ihnen ist Betriebsnähe, die einen geschmeidigen Übergang ermöglicht, gut geeignet. Andere brauchen im Werkstattjahr zunächst einen geschützteren Raum als den Betrieb – auch wenn sie an tatsächlichen Produkten arbeiten.

Maßgabe ist allerdings, dass jeder Jugendliche zum Ende des Werkstattjahrs ein Praktikum aufnimmt, um den Übergang in Ausbildung oder Arbeit zu erleichtern. Zwar ist jeder Fall – wie gesagt – individuell zu behandeln, gleichwohl gibt es eine Fokussierung auf betriebsnahe Ausbildung.

Ich hoffe, Ihre Fragen hinreichend beantwortet zu haben – ansonsten bitte ich um Nachfragen.

Vorsitzende Heike Gebhard: Ich glaube, Sie können sich darauf verlassen, dass die Abgeordneten nachfragen werden, falls etwas offengeblieben sein sollte. Herzlichen Dank. – Zum Abschluss der ersten Fragerunde bitte ich Herrn Koslowski, zu antworten.

Thomas Koslowski (Caritasverband Hagen e. V.): Ich bedanke mich für die Einladung. Meine Stellungnahme habe ich vor allem aus der Perspektive der Praxis geschrieben. Ich selbst bin zwar nicht operativ in der Produktionsschule aktiv, habe aber lange mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort gesprochen.

Eine Frage zielte darauf ab, welches die wesentlichen Aspekte bei unserer Umsetzung des Konzepts Produktionsschule waren: Ein wichtiges, von Anfang an umgesetztes Prinzip war die Freiwilligkeit. Das haben wir über eine Probeweche realisiert, in der die Jugendlichen unverbindlich die Produktionsschule besuchen konnten; nach dieser Woche wurde gemeinsam entschieden, ob ein Eintritt in die Maßnahme stattfindet oder nicht. Unsere Produktionsschule hat 38 Plätze.

Ebenfalls wichtig war es, die Jugendlichen über praktisches Handeln zu binden, da viele von ihnen mit Schulen sehr negative Erfahrungen gemacht haben. Bei den Jugendlichen ab 19 Jahren kam häufig erschwerend hinzu, dass sie viele Standardmaßnahmen abgebrochen hatten. Diese negativen Erfahrungen können sehr tief gehend und verletzend sein. Deshalb war es so entscheidend, den Schwerpunkt auf praktische Tätigkeiten zu legen und schulischen Zwang, etwa durch Pflichtstunden, zu vermeiden.

Einige Jugendliche haben im Rahmen der Produktionsschule sogar ihren Hauptschulabschluss erlangt, aber es gab eben auch solche, die einen anderen Weg gegangen sind. Gerade diese Durchlässigkeit war wichtig, insbesondere für Jugendliche mit negativen Erfahrungen.

Auch hilfreich waren die Bindungen der Jugendlichen untereinander, die zum einen über die Gruppenzusammengehörigkeit entstanden sind und zum anderen über die Identifikation mit den Aufträgen. So haben wir beispielsweise im Januar bei einer kirchlichen Veranstaltung ein Catering für 200 Menschen angeboten – es gab Fingerfood. Die Jugendlichen standen um 6 Uhr morgens voller Stolz mit ihren Kochmützen und -schürzen bereit und haben hochmotiviert den ganzen Tag gekocht, präsentiert und verkauft – das sind schon spannende Erfahrungen.

Außerdem haben wir festgestellt, wie wichtig die grundlegenden Dinge sind: In unserem Hauswirtschaftsbereich gab es täglich Mittagessen. Einige der Jugendlichen kamen nur wegen dieses Essens, das für sie die einzige Mahlzeit des Tages war – auch das ist Realität gewesen.

Weil wir über das SGB II gefördert wurden und Ausschreibungsverfahren keine Rolle spielten, konnten wir mit dem Jobcenter die Einführung eines Prämiensystems aushandeln: Die Jugendlichen bekamen Geld, je nachdem wie oft und wie lange sie anwesend waren – das waren jeweils 10 oder 15 € pro Woche, der Gegenwert von zwei Schachteln Zigaretten und durchaus ein Anreiz zu kommen.

Eine weitere Frage bezog sich auf den Unterschied zwischen Praktika und unseren produktionsorientierten Ansätzen. Das ist insofern nicht miteinander vergleichbar, als dass in Betrieben, die auf dem freien Markt agieren, niemand Zeit hat, sich ausführlich mit diesen Jugendlichen zu beschäftigen. Praktika waren natürlich trotzdem möglich, wurden von uns auch vermittelt; sie sind aber immer eine große Hürde, gerade auch für Jugendliche aus Standardmaßnahmen.

Mit den Arbeitsbedingungen an Produktionsschulen sind sie jedenfalls nicht zu vergleichen: Da fahren beispielsweise drei Jugendliche zusammen mit einem Malermeister los, der im Vorfeld sondiert hat, welche Jugendlichen er mit in einen Privathaushalt nehmen kann und welche eher nicht. Bei der Auftragsausführung vor Ort ist zudem immer ein Mitarbeiter dabei. Es gibt auch Jugendliche, die intern arbeiten sollten, beispielsweise im Hauswirtschaftsbereich. Auf diese Besonderheiten kann man sich in Produktionsschulen gut einstellen.

Die Produktionsschule ist gewachsen: Vor vier Jahren haben wir mit bestimmten Ideen angefangen, nach und nach wurden Veränderungen und Verbesserungen vorgenommen. So wie sie zuletzt ausgestaltet war, fand ich die Produktionsschule sehr gut; gerade für die Älteren. Natürlich gab es Jugendliche, die immer wieder für einige Wochen verschwunden sind. Zwar wurden sie in der Statistik mit ein oder zwei Abbrüchen geführt, kamen wegen der Niedrigschwelligkeit aber häufig auch wieder zurück.

Vorsitzende Heike Gebhard: Herzlichen Dank! – Damit kommen wir zur zweiten Frageunde; Frau Hammelrath hat das Wort.

Gabriele Hammelrath (SPD): Bevor ich meine Fragen stelle, möchte ich eine Anmerkung machen: Ich wäre bereit, zu akzeptieren, dass wir hier über die Weiterentwicklung des früheren Werkstattjahrs sprechen. Ich tue mich aber sehr schwer damit, das neue Werkstattjahr als Weiterentwicklung der Produktionsschule zu bezeichnen. Es handelt sich um einen anderen Ansatz und eine deutliche Beschneidung, da im Vergleich zur Produktionsschule nur noch ungefähr die Hälfte der jungen Menschen davon profitieren kann.

Zwar sind wir alle froh, wenn der Bund zu den großen Aufgaben, die wir hier im Land zu erfüllen haben, finanzielle Beiträge leistet; das ist aber nur sinnvoll, wenn die Qualität gehalten wird.

Im neuen Entwurf wird betont, wie großartig die sechsmonatigen Praktika sind. – Ich denke, ein Praktikum als Gast in einem Betrieb ist etwas anderes, als Mitglied eines Teams zu sein. Frau Dr. Gentner, wie schätzen Sie als diejenige mit den meisten Erfahrungen mit unterschiedlichen Produktionsschulen das gemeinsame Arbeiten als Vorbereitung auf eine spätere Ausbildung oder Berufstätigkeit ein? Wie wird das begleitet? Wie notwendig ist das für den weiteren Erfolg?

Frau Alich-Meyer möchte ich um eine Einschätzung bezüglich der „Ersatzmaßnahmen“ für über 18-Jährige bitten – ich komme zu dem Schluss, dass die sehr anders angelegt sind. Sie selbst haben in Ihrer Stellungnahme betont, wie wichtig pädagogische Begleitung ist und dass Sie die im Rahmen Ihrer Maßnahmen nicht gewährleisten können. Bitte setzen Sie den Erfolg der bereits bestehenden Maßnahmen ins Verhältnis mit dem der Produktionsschulen, der ja anscheinend unterbewertet wird.

Helmut Seifen (AfD): Da die bildungspolitischen Vorstellungen der Grünen eher vom Konzept der Inklusion geprägt sind, waren wir von der AfD über den vorliegenden Antrag etwas erstaunt. Das, was ich gelesen und gehört habe, erweckt bei mir den Eindruck, dass ein Teil der Menschen exkludiert werden soll.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Wir exkludieren gar keinen!)

Im Schulausschuss haben wir uns gerade darüber gestritten, zu welcher Zeit es sinnvoll ist, Menschen zu exkludieren beziehungsweise zu inkludieren, um eine spätere Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft garantieren zu können. Teilhabe an der Gesellschaft ist von entscheidender Bedeutung – sie ist unser Ziel.

Dazu auch meine Frage an Frau Dr. Gentner und vielleicht Herrn Koslowski: Ist es nicht so, dass junge Menschen besser teilhaben können, wenn sie im Rahmen eines Werkstattjahrs betriebliche Abläufe und Zusammenhänge kennenlernen, als wenn sie in Produktionsschulen handwerklich tätig sind; auch wenn ihnen das viel Freude bereiten mag. Folgt dieses Konzept nicht eher dem Prinzip der Exklusion? Ist die in diesem Zusammenhang hilfreich? Wäre es im Hinblick auf die Inklusion nicht sinnvoller, verstärkt auf das Werkstattjahr zu setzen?

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Wir wollen das Werkstattjahr nicht prinzipiell infrage stellen, aber die Produktionsschulen sind unter Verweis auf das Werkstattjahr

und ESF-Mittel geopfert worden. Der Minister hat das – meiner Erinnerung nach – damit begründet, dass Produktionsschulen zu schulnah und somit für Schulverweigerer ungeeignet seien.

Die beiden Beispiele, die in der Stellungnahme der Caritas beschrieben werden, zeigen meiner Ansicht nach das Gegenteil. Dazu bitte ich Frau Dr. Gentner um eine Einordnung.

Im Übrigen empfehle ich allen Anwesenden, mal eine Produktionsschule zu besuchen, dann würden einige Bemerkungen, die heute gefallen sind, sicher nicht wiederholt werden.

(Helmut Seifen [AfD]: Einfach mal eine Förderschule besuchen!)

Herrn Koslowski bitte ich, die Behauptung zu bewerten, dass Produktionsschulen gegenüber dem Werkstattjahr den Nachteil hätten, nicht produktionsorientiert genug zu sein.

Frau Alich-Meyer von der Bundesagentur ist natürlich in einer blöden Situation. Schließlich kann man von ihr schlecht verlangen, zu sagen, dass die Angebote der Bundesagentur am Bedarf vorbeigehen würden. Dennoch möchte ich Sie um eine Einschätzung dazu bitten, wie man Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen ohne pädagogische Betreuung in die Abläufe integrieren soll.

Mehr als die Hälfte der potenziellen Teilnehmerinnen fällt schlicht raus. Frau Dr. Gentner bitte ich in diesem Zusammenhang zu erläutern, was, bezogen auf die Bundesagentur, eine Anschlussperspektive sein könnte.

Außerdem habe ich eine Frage zu den Leistungsentgelten: Beim Werkstattjahr ist eine erstmalige Entlohnung nach drei Monaten vorgesehen – ist das zeitnah genug, um Sinn zu machen?

An alle drei Sachverständigen ist die Frage gerichtet, inwieweit sich die Zielgruppe, die an Produktionsschulen in Nordrhein-Westfalen Aufnahme gefunden hat, von der unterscheidet, die jetzt – positiv formuliert – andere Anschlussperspektiven finden muss?

Josef Neumann (SPD): Ich würde gerne eine Frage aufgreifen, die bereits gestellt wurde: Ein Argument, das gegen die Produktionsschule ins Feld geführt wird, ist die angeblich hohe Abbrecherquote. Dazu würde ich gerne von allen drei Sachverständigen wissen, ob das stimmt – oder sind die scheinbaren Abbrecher diejenigen, die eine Ausbildung oder einen Job finden oder in eine andere Maßnahme gehen?

Mir jedenfalls scheint diese Argumentation wenig stichhaltig zu sein, denn es gibt keine Aussagen darüber, was beim Einzelnen dazu führt, dass er eine solche Maßnahme verlässt. Was konkret steckt hinter diesen Abbrüchen? Was sind die Begründungen dafür? Oder ist die hohe Abbrecherquote nicht real, sondern eine Legende?

Dr. Cortina Gentner (Hamburger Institut für berufliche Bildung): Zunächst gehe ich auf die vielen Fragen zu den Praktika ein.

Ich hatte deutlich gemacht, dass Produktionsschulen betriebsnah sind. Wenn man Produkte produziert, hat man Arbeits- und Geschäftsprozesse, die denen in einem Be-

trieb sehr ähneln oder sogar gleich sind: Man muss kalkulieren, Kunden beraten, Aufträge bearbeiten, Qualitätskontrollen durchführen, Auslieferungen in die Wege leiten und Rechnungen stellen – genau, wie in einem normalen Betrieb.

Der Unterschied ist, dass Produktionsschulen gleichzeitig Schonraum sind. Obwohl es Kundenaufträge gibt, die in einer bestimmten Qualität erfüllt werden müssen, herrscht nicht der gleiche Zeitdruck wie in normalen Betrieben. Würde ein solcher Betrieb wie eine Produktionsschule geführt, würde er pleitegehen; schließlich hat er eine ganz andere Aufgabe. Die Produktionsschule folgt einem pädagogischen Konzept, bei dem Gewinnerwirtschaftung beziehungsweise -maximierung nicht im Vordergrund steht.

Trotzdem muss es in einer Produktionsschule Kundenaufträge geben. Es gibt Arbeits- und Geschäftsprozesse, die nach ähnlichen Schemata ablaufen wie in einem richtigen Betrieb: Man muss in einem Team arbeiten; man muss kommunikations- und konfliktfähig sein. Dennoch geht es in einem richtigen Betrieb anders zu. Als Beispiel sei die Gastronomie genannt, in der der Ton rauer ist als an der Produktionsschule. Hierarchien müssen beachtet werden, ein „Ey Chef, mach mal!“ wird man dort nicht hören. Ich denke, dass das ein entscheidender Unterschied ist.

Ein weiterer besonderer Aspekt ist die Praktikumsreife: Natürlich könnte man alle Jugendliche in Praktika schicken, weil irgendein Programm das so vorsieht. Dann allerdings kann es passieren, dass zum einen die Betriebe, die diese Jugendlichen aufnehmen, für immer verbrannt sind und zum anderen die Jugendlichen frustriert werden, weil sie einfach noch nicht so weit sind, sich der realen Arbeitswelt zu stellen.

Auch wenn der Schonraum an Produktionsschulen wichtig ist, sprechen wir nicht über eine „Käseglocke ohne Löcher“ – schließlich wollen wir, dass die Jugendlichen irgendwann weiterziehen. Praktika sind in diesem Zusammenhang nicht zu unterschätzen, da sie zu „Klebeeffekten“ führen, ohne die wir die Jugendlichen nicht in Betriebe und Ausbildungen vermitteln könnten.

Eine Art große Schwester der Produktionsschule ist die dualisierte Ausbildungsvorbereitung an Berufsschulen. Produktionsschulen haben dieser und anderen Maßnahmen gegenüber den Vorteil, dass die dortigen Jugendlichen wissen, was es heißt, zu arbeiten, dass sie Erfahrungen mit Kundenkontakten gemacht haben und dass sie Qualitätsstandards kennengelernt haben.

Eine spezielle Form des Praktikums ist das Orientierungspraktikum. Das ist eine Art Schnupperangebot, mit dem man herausfinden kann, ob das gewählte Berufsfeld wirklich das richtige ist. Das ist auch deshalb wichtig, weil wir an Produktionsschulen nicht alle Gewerke anbieten können.

Praktika können mehrere Wochen oder länger dauern. Die Langzeitpraktika sind für Betriebe interessant, da in dieser Zeit überprüft werden kann, ob der Jugendliche als Auszubildender oder Arbeitnehmer infrage kommt. Ohne diese Praktika würden Produktionsschulen nicht funktionieren, vor allem weil dann die gesicherten Anschlüsse nicht gegeben wären.

Im Zusammenhang mit Anschlüssen bietet es sich an, auch Abbrüche zu thematisieren. Zu unserer Zielgruppe gehören – Herr Koslowski sprach es an – Jugendliche mit bunten Biografien. Es kommt vor, dass einige von ihnen zwischendurch aus dem Programm aussteigen, weil sie von ihrer Familie als Dolmetscher benötigt werden, weil chronische Erkrankungen vorliegen oder einfach weil der Liebeskummer zu groß ist. Wenn ein solcher Jugendlicher nach dem zwischenzeitlichen Ausstieg an die Produktionsschule zurückkehrt, ist das meiner Auffassung nach kein Abbruch, schließlich wird er dann wieder ins System aufgenommen.

Im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit hatte ich bereits Mecklenburg-Vorpommern erwähnt. Wenn man nur danach geht, wer direkt nach der Produktionsschule in geregelte Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisse wechselt, ist das meiner Meinung nach zu kurz gedacht. Manchmal kann die Produktionsschule auch lediglich dazu dienen, Denkprozesse in Gang zu setzen und Struktur ins Leben zu bringen.

Für die Kollegen in den Produktionsschulen mag es manchmal frustrierend sein, dass die Abgänger augenscheinlich so weitermachen wie vorher. Dabei ist es gut möglich, dass sie ihre Einstellung geändert haben. Man sollte sich also fragen, ob es ein Abbruch im negativen Sinne ist, wenn jemand nach ein oder zwei Jahren eine Maßnahme beendet. Es kann auch gute Gründe für einen Abbruch geben, beispielsweise einen Drogenentzug. Manchmal ist es auch einfach sinnvoll, zunächst andere Dinge zu tun, bevor man eine Ausbildung beginnt.

Diese Diskussion haben wir im Übrigen auch mit der Agentur für Arbeit in Hamburg geführt. Wir sind verantwortlich für einige BvB-pro-Plätze. Dabei zeigte sich, dass es in der Agentur bezüglich des Erfolgs von Übergängen eine andere Wahrnehmung als in der Schulbehörde gab. Deshalb haben wir nach einem gemeinsamen Weg gesucht, zu definieren, wann Abbrüche negativ beziehungsweise positiv zu bewerten sind. Nur weil ein BvB-pro-Jahr beendet wird, bedeutet das beispielsweise nicht, dass der Betroffene abgebrochen hat. Darauf folgen manchmal Anschlüsse, die sinnvoll sind.

Deshalb plädiere ich für Augenmaß bei der Definition von Abbrüchen: Handelt es sich wirklich um einen Abbruch im negativen Sinn oder lediglich um einen anderen Weg, den der Jugendliche einschlägt und der in diesem Moment auch richtig ist. Wichtig ist nur, dass sie irgendwann zurückkommen und dass sie irgendwann eine Ausbildung oder Beschäftigung aufnehmen. Es kann aber auch sein, dass sie etwas ganz anderes machen, da nicht jeder für eine Ausbildung oder Beschäftigung geeignet ist.

Eine weitere Frage bezog sich auf die sozialpädagogische Betreuung. Wenn alle Jugendlichen berufswahlentschieden und berufsorientiert wären – oder flapsig formuliert: Wenn sie alle nach der Schule wüssten, was sie machen wollen –, bräuchten wir gar kein Übergangssystem. Da es aber immer Menschen mit Schwierigkeiten geben wird, werden wir auch immer ein Übergangssystem brauchen. Und weil die Schwierigkeiten verschiedener Art sein können, müssen Produktionsschulen sozialpädagogisch flankiert werden, indem beispielsweise Schuldnerberatungen oder Therapieeinrichtungen vermittelt werden. Häufig geht es darum, die Betroffenen oder ihre Erziehungsberechtigten dazu zu bewegen, herauszufinden, welcher Art die vorherrschenden Probleme sind.

Im Zusammenhang mit dem Stichwort „Ganzheitlichkeit“ sei noch erwähnt, dass die Jugendlichen bei uns nicht nur malochen, denn natürlich geht es an Produktionsschulen auch um Persönlichkeitsentwicklung. Dementsprechend muss es Angebote wie kulturelle oder politische Weiterbildung geben. Um das anbieten zu können, braucht man geschulte Mitarbeiter. Deshalb haben wir ein multiprofessionelles Team, in dem die Kollegen alle an einem Strang ziehen.

Zur Anschlussperspektive bezüglich der Bundesagentur hatte ich bereits erwähnt, dass in Hamburg BvB-pro angeboten wird. Das ist eine Möglichkeit, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen produktionsorientiert auszurichten. In Hamburg sind die Kompetenzen eindeutig verteilt: Um die Schulpflichtigen kümmert sich das Land. BvB-pro ist ein Bundesprogramm, das zwar vom Land mitfinanziert wird, sich aber an Jugendliche richtet, die nicht mehr schulpflichtig sind.

BvB-pro wurde 2014/15 nicht einfach so eingeführt. Vielmehr gibt es bei uns in der Stadt eine Maßnahmeplanung, an der alle Akteure beteiligt sind. Im Rahmen dieser Planung wurde überlegt, ob es für dieses Programm Bedarf gibt. Eine Analyse brachte das Ergebnis, dass wir dieses Angebot brauchen; insbesondere deshalb, weil auch Jugendliche, die nicht mehr schulpflichtig sind, Bedarf an diesem produktionsorientierten Ansatz haben. Es wird immer Jugendliche geben, die auch noch mit 20, 21 oder 22 Jahren andere Angebote brauchen. Je höher der Praxisbezug ist – die Berufspädagogen sprechen in diesem Zusammenhang von „handlungsorientiert“ –, desto mehr Sinn sehen die Jugendlichen in solchen Maßnahmen. Sie sind motivierter, sich darauf einzulassen und irgendwann in eine Ausbildung oder Beschäftigung zu wechseln.

Roswitha Alich-Meyer (Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen): Auch ich werde mich zunächst zu den Praktika äußern: Eine Frage zielte darauf ab, ob ein sechsmonatiges Praktikum als Gast in einem Betrieb nachteilig gegenüber der gemeinsamen Arbeit in einer Produktionsschule oder während eines Werkstattjahrs sei.

Grundsätzlich sind Praktika individuell zu betrachten. Prinzipiell handelt es sich um eine begrüßenswerte Heranführung an die betriebliche Realität: Jugendliche, die in Ausbildung oder Arbeit gebracht werden sollen, müssen auch den Druck des beruflichen Alltags kennenlernen. Und der „Klebeffekt“ ist ebenfalls nicht zu vernachlässigen; das wurde bereits erwähnt. Vorausgesetzt, die teilnehmenden Jugendlichen verfügen über entsprechende Ausdauer, halten wir den Zeitraum von sechs Monaten für perfekt. Unsere Hoffnung ist, dass ein nahtloser Übergang in Ausbildung oder Anstellung stattfindet.

Zu den Themen „Ersatzmaßnahmen“ und „Zielgruppen“: In unserer Stellungnahme haben wir angeführt, welche Standardangebote dem Werkstattjahr beziehungsweise der Produktionsschule.NRW am nächsten kommen. Die berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme etwa ist identisch, abgesehen davon, dass sie keinen produktionsorientierten Ansatz hat. In Werkstätten und mit Praktika soll den Jugendlichen auch mit dieser Maßnahme eine Anschlussperspektive auf Ausbildung oder Arbeit eröffnet wer-

den. Zudem ist der Personalschlüssel mit eins zu acht sehr gut, und es gibt eine sozialpädagogische Begleitung. Diese Maßnahme ist quasi der „Hauptsatz“ für die berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme mit produktionsorientiertem Ansatz.

Alternativ dazu bieten wir eine Aktivierungshilfe auf Grundlage von SGB II beziehungsweise III an, die sich ebenfalls speziell an Jugendliche richtet. Das ist ein niedrigschwelliges Angebot, wiederum ohne produktionsorientierten Ansatz. Jobcenter und Arbeitsagenturen haben dabei relativ viel Gestaltungsspielraum, sodass sie auch für spezielle Zielgruppen passgenaue Angebote unterbreiten können.

Es wurde auch danach gefragt, wie erfolgreich die Alternativmaßnahmen sind. Die Daten liegen mir hier nicht vor, aber ich kann einige allgemeine Aussagen dazu machen: Den Erfolg dieser Maßnahmen messen wir anhand der Eingliederungsquote. Um die zu ermitteln, überprüfen wir, ob Jugendliche, sechs Monate nachdem sie aus einer Maßnahme ausgeschieden sind, beitragspflichtige Beschäftigungen aufgenommen haben. Beim Vergleich zwischen BvB-pro und der allgemeinen berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme war da die Eingliederungsquote höher, was aber auch der Zielgruppe geschuldet ist. Die Werte für die Aktivierungshilfen habe ich leider nicht präsent; ich denke, dass sie gleich sind, vielleicht sogar etwas besser.

Zur Abbrecherquote: Alle Abgänge werden bei uns zunächst als Abbrüche gewertet, unabhängig davon, welche Gründe vorlagen; die können auch positiv gewesen sein. Intern können wir das noch mal differenziert auswerten. Bei der Produktionsschule.NRW gab es eine sehr hohe Abbrecherquote; diese Daten hatte die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung in Umlauf gebracht, wenn ich mich recht erinnere.

Thomas Koslowski (Caritasverband Hagen e. V.): Ich kann mir die hohe Zahl bezüglich der Abbrecherquote nicht erklären. Es gab mehrere Durchgänge der Produktionsschule: Wenn also ein Teilnehmer am 31. August in der Maßnahme war und am 1. September immer noch, weiß ich nicht, ob das als Abbruch und Wiedereinstieg gewertet wurde. Vielleicht spielten solche Effekte eine Rolle; ich weiß nicht, wie die Zahlen zustande gekommen sind.

Zu den Praktika: Produktionsschule ist kein Selbstzweck, genauso wenig wie die Produktion selbst. Es geht nicht darum, wie in der Automobilindustrie möglichst schnell, möglichst viel, möglichst gut zu produzieren. Stattdessen geht es darum, Bedingungen zu schaffen, unter denen Jugendliche sich stabilisieren und entwickeln können: Angefangen bei der Hygiene, der Kleidung und der Zuverlässigkeit sind sie irgendwann soweit, in die echte Welt zu gehen und mit dem dortigen Arbeitstempo mitzuhalten.

Weil das aber nicht sofort geht, ist eine Produktionsschule, in der es diesen zeitlichen Druck nicht gibt, zunächst der geeignetere Ort. Wenn wir beispielsweise einen Auftrag annehmen, für den ein professioneller Malerbetrieb einen halben Tag kalkulieren würde, brauchen wir dafür drei Tage – aber darum geht es nicht. Vielmehr geht es darum, so grundlegende Eigenschaften wie Zuverlässigkeit und Kollegialität zu lernen – im Sinne von: Wenn ich nicht zur Arbeit komme, haben die anderen mehr zu tun. Irgendwann sind Praktika dann auch im Rahmen von Produktionsschule möglich.

Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (27.)

04.07.2018

Ausschuss für Schule und Bildung (24.)

bas

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Vorsitzende Heike Gebhard: Herzlichen Dank! Gibt es seitens der Ausschussmitglieder noch Fragebedarf? – Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich bei den Damen und Herren Sachverständigen ganz herzlich für Ihre Auskünfte.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und der AfD)

gez. Heike Gebhard
Vorsitzende

Anlage

25.07.2018/28.08.208

84

Anhörung von Sachverständigen

Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
und des Ausschusses für Schule und Bildung

**„Produktionsschulen nicht im Aktionismus zerschlagen, sondern sorgfältig auswerten und
passgenau weiterentwickeln – Berufliche Perspektiven für besonders benachteiligte
junge Menschen bis 25 Jahren sicherstellen“**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1984

am Mittwoch, dem 4. Juli 2018
11.00 bis ca. 13.00 Uhr, Raum E 1 D05

Tableau

eingeladene Sachverständige/ Institutionen	Redner/in Weitere Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Hamburger Institut für berufliche Bildung Außerschulische Ausbildungs- u. Berufs- Vorbereitung – Produktionsschulen (HI 41-2), Hamburg	Dr. Cortina Gentner	17/711
Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	Roswitha Alich-Meyer	17/705
Caritasverband Hagen e.V. Geschäftsstelle Hagen, Hagen	Thomas Koslowski	17/706